

**Marktentwicklung bei den veränderten
Qualitätsanforderungen und
gesetzlichen Rahmenbedingungen bei
der Vermarktung von Durum –
Ist deutscher Durum heute noch
wettbewerbsfähig?**

**Durumtagung,
04. Juni 2019 in Bernburg**

Gliederung

1. Markt
2. Preise
3. Entwicklung
 - a.) Risikoklassen
 - b.) Düngeverordnung
 - c.) Standorte Saatgut-Aufbereitung
 - d.) Transparenzgesetz
 - e.) Erwerb von CO₂-Emissionen
4. Exkurs: Bio-Durum
5. Fazit

1. Markt

2. Durum: Production in selected countries

m t	16/17	17/18 (est.)	18/19 (f'cast)	19/20 (proj.)	y/y change
Major exporters					
EU-28	9.8	8.7	8.7	8.5	- 2.2%
Canada	7.8	5.0	5.7	5.2	- 9.5%
Mexico	2.3	2.1	1.5	2.0	+ 29.8%
USA	2.8	1.5	2.1	1.6	- 26.1%
Selected others					
Algeria	1.9	2.0	3.2	2.3	- 28.6%
Morocco	0.9	2.2	2.4	1.9	- 21.5%
Tunisia	0.8	0.9	1.0	1.1	+ 14.6%
World total	40.2	36.4	38.1	36.5	- 4.4%

previous

1. Markt

TRADE: DURUM WHEAT (incl. semolina) (July/June)

000 tons

	16/17	17/18 (est.)	18/19 (f'cast)	19/20 (proj.) 21.02.19 28.03.19
IMPORTS				
EU-28	1,983	1,319	1,250	1,700
Guatemala	76	70	70	70
USA	399	985	900	550
Peru	149	140	150	150
Venezuela	215	514	400	450
Turkey	577	475	400	500
Japan	246	189	250	250
Algeria	1,869	1,445	1,200	1,900
Morocco	829	863	800	900
Tunisia	838	660	600	600
Cote d'Ivoire	82	82	90	90
Nigeria	115	84	110	110
Others & Unspec.	1,300	1,562	1,433	1,367
WORLD TOTAL	8,678	8,388	7,653	8,637
<i>of which semolina</i>	<i>419</i>	<i>420</i>	<i>420</i>	<i>420</i>
EXPORTS				
Australia	282	233	180	250
Canada	4,601	4,001	3,800	4,300
EU-28	1,383	1,099	850	1,000
<i>of which semolina</i>	<i>242</i>	<i>200</i>	<i>200</i>	<i>200</i>
Kazakhstan	288	714	652	652
Mexico	1,033	1,035	700	1,000
Turkey	72	135	130	100
USA	589	466	700	700

Quelle: IGC estimates
April 2019

1. Markt

		Durum		
		Acreage (in 1,000 ha)	Yield (in 100 kg/ha)	Production in 1,000 t
Germany	2018	19,0	48,0	89,0
	2019	19,0	54,0	103,0
France	2018	354,0	50,4	1.784,0
	2019	319,0	55,0	1.755,0
Italy	2018	1.305,0	32,0	4.176,0
	2019	1.260,0	33,0	4.158,0
Spain	2018	372,0	36,2	1.347,0
	2019	355,0	26,0	923,0
Greece	2018	390,0	18,0	702,0
	2019	320,0	19,0	608,0
EU-15	2018	2.469,0	33,2	8.188,0
	2019	2.297,0	33,3	7.644,0
Slovakia	2018	20,0	42,0	84,0
	2019	20,0	46,0	92,0
Hungary	2018	15,0	39,5	59,0
	2019	15,0	39,0	59,0
EU-28	2018	2.580,0	33,4	8.625,0
	2019	2.408,0	33,6	8.099,0

Preise:

- Wettbewerbssituation (Slowakei / Ungarn)
- Hoch- / Niedrigpreissegmente (Inland)
- HP (287 €/to. + MwSt.) / NP (232 €/to. + MwSt.)

3. Entwicklung

a.) Risikoklassen

Auszug

Klößner kämpft mit Kritik zu **Kontrollen**

Bundesernährungsministerium plant neuen Schlüssel für Kontrollfrequenz – Referentenentwurf geleakt

Berlin. Bundesernährungsministerin Julia Klößner will die Häufigkeit der Lebensmittelkontrollen verändern – und sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, dadurch die Zahl der Kontrollen zu verringern.

Foodwatch treibt wieder einmal das Bundesernährungsministerium (BMEL) vor sich her, diesmal mithilfe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. „Ministerin Julia Klößner will die Zahl der Lebensmittelkontrollen verringern. Das gilt auch für Fleischbetriebe, die der höchsten Risikoklasse zugeordnet sind“, schrieb das Blatt am Samstag – unter Verweis auf einen von Foodwatch durchgestochenen Referentenentwurf. Das BMEL sah sich genötigt, den Entwurf noch am selben Tag online zu veröffentlichen.

Es geht um Änderungen der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Rahmen-Überwachung“ (AVV RÜb), die im Dezember gültig werden sollen. Konkret will das Ministerium in den „Risikoklassen“ Veränderungen bei den vorgegebenen Kontrollfrequenzen vornehmen.



In der Defensive: Julia Klößner (CDU) wird vorgeworfen, sie „passe die Kontrollhäufigkeit dem Personalmangel an“.



b.) Düngeverordnung

Welche Qualitäten können wir aufgrund dieser Verordnung überhaupt noch produzieren?



c.) Standorte Saatgut-Aufbereitung

Saatgutbehandlungseinrichtungen mit
Qualitätssicherungssystemen zur Staubminderung

Richtlinie der EU-Kommission vom 12. März 2010 fordert
von Mitgliedsstaaten:

- Risikominderungsmaßnahmen für die Zulassung von
Saatgutbehandlungsmitteln mit den Wirkstoffen Clothi
Imidacloprid, Thiamethoxam und Fipronil

Anwendungsbestimmung NT6991

- **„Die Anwendung des Mittels auf Saatgut darf nur in
professionellen Saatgutbehandlungseinrichtungen
vorgenommen werden , die in der Liste
„Saatgutbehandlungseinrichtungen mit
Qualitätssicherungssystemen zur Staubminderung
Kühn-Institutes aufgeführt sind ...“**

c.) Standorte Saatgut-Aufbereitung



Seedguard-Zertifizierungssystem
für die Saatgutbehandlung

- Zertifikat wird von Seed Guard an das JKI weitergeleitet
- Das JKI erkennt das Seed Guard Zertifikat an und listet das Saatgutbehandlungsunternehmen für die geprüfte Fruchtart
- JKI im SeedGuard-Fachbeirat und bei Verbesserung der Checklisten
- Checklisten SeedGuard und JKI sind inhaltlich deckungsgleich

d.) Transparenzgesetz

Transparenzregel verabschiedet

Neues Gesetz zur Veröffentlichung von Lebensmittelskandalen

Berlin. Der Bundestag hat die von Ernährungsministerin Julia Klöckner (CDU) initiierte Änderung der sogenannten Transparenzvorschrift mit kleineren Änderungen gebilligt. Die Kritik an der Regelung reißt nicht ab.

Weder Wirtschaft noch Verbraucher-schützer sind mit der geplanten Neuregelung des Paragraphen 40 Ia LFGB zufrieden. „Die Bundesregierung hat es verpasst, ein Mehr an Transparenz zu schaffen“, kritisiert Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (Vzbv). Die vom Bundestag vergangenen Freitag verabschiedete Änderung, Verstöße gegen lebensmittelrechtliche Vorgaben nur sechs Monate lang zu veröffentlichen, greife zu kurz. „Zwölf Monate sollten es mindestens sein.“ Zudem wäre eine Bekanntgabe der Unternehmen im Internet bereits bei einer geringeren Bußgeldhöhe als 350 Euro wünschenswert, so Müller, der einen „ambitionierten Neustart in der Verbraucherinformation“ fordert.

Der Spitzenverband der deutschen Lebensmittelwirtschaft BLL wünscht sich ebenfalls einen Neustart, allerdings in Form einer „grundlegenden und zeitnahen Überarbeitung“ der rechtlichen Vorgaben für die Veröffentlichung von Lebensmittelskandalen. Andernfalls seien weitere Gerichtsverfahren unausweichlich.

Bei Warnungen vor akuten Gesundheitsgefahren müssten selbstverständlich schnell die Namen von Produkten und Unternehmen in der Öffentlichkeit genannt werden. Bei nicht sicherheitsrelevanten Mängeln ist nach Auffassung des BLL dagegen der Abschluss des jeweiligen Verwaltungsverfahrens abzuwarten – schon aufgrund der Unschuldsvermutung.

Auch für die Bundestagsfraktionen der großen Koalition soll der Beschluss vom vergangenen Freitag noch nicht das letzte Wort in Sachen Transparenzregel sein: „Wir fordern Bund und Länder in einem Entschließungsantrag mit Nachdruck auf, schnellstmöglich einen bundesweit einheitlichen Bußgeldkatalog zu schaffen“, betont Albert Stegemann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion. Auf der Länderebene verfügt allein der Freistaat

»Bund und Länder müssen einen bundesweit einheitlichen Bußgeldkatalog schaffen«

Albert Stegemann,
CDU/CSU-Fraktion

Sachsen über einen Bußgeldkatalog zum Lebensmittelrecht. Dies führe zu einer ungleichen Behandlung von Betrieben – abhängig von ihrem Sitz.

Lebensmittelrechtsexperten fehlt es an Rechtssicherheit: „Die neue Transparenzvorschrift lässt die vollziehenden Behörden gänzlich im Stich“, betont Alfred Hagen Meyer von Meyer Rechtsanwälte. Den Behörden mangelte es an konkreten Handlungsanweisungen, um die Verhältnismäßigkeit der jeweiligen Veröffentlichung gerichtsfest zu prüfen.

Der zuständige Ausschuss des Bundesrates berät am Montag über den Gesetzentwurf. Bei einem positiven Votum der Länderkammer am 12. April könnte die neue Transparenzregel dann, wie vom Verfassungsgericht gefordert, noch vor dem 30. April im Bundesgesetzblatt stehen. *be/12-19*



Ein Mann nimmt in einem Betrieb in Niedersachsen eine Futtermittelprobe.

FOTO: LANDFRIEL/CHRISTIAN HUBER/LEADER

Landwirte am Internetpranger

Verstöße bei Futtermittelherstellung landen künftig schneller auf Info-Seiten

VON DAPHNE HUBER

FRANKFURT A. M. Zum Schutz der Verbraucher vor Schadstoffen werden Verstöße bei der Lebensmittelproduktion im Internet veröffentlicht. Das betrifft auch Futterhersteller.

Weitgehend unbemerkt ist das Lebens- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) geändert worden. Im Gesetz ist nun eine einheitliche Rechtssicherheit zur Veröffentlichung von Verstößen gegen die Lebensmittelsicherheit verankert. Konkret wurde im LFGB der § 40, Absatz 1 a, die „Transparenzregel“ neu formuliert. Demnach werden Verbraucher künftig sechs Monate lang transparent im Internet über Hygieneverstöße, Täuschungsversuche, Grenzwertüberschreitungen sowie verbotene Stoffe in Lebensmitteln informiert.

Bislang bestand ein „Flickenteppich“ an Verfahrensweisen in den Ländern. Die Behörden sind aufgefordert, bei Verstößen die Öffentlichkeit nun „unverzüglich“ zu informieren und auch zeitnah mitzuteilen, wenn die Mängel beseitigt wurden.

Gesetz gilt von sofort an

Mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt ist die Gesetzesnovelle ab sofort gültig. Zufrieden hatte sich im Vorfeld die ernährungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ursula Schulte, geäußert. Die Anpassung des LFGB sei „ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Verbraucherinformation und zur Klarheit bei der Veröffentlichung“, erklärte die SPD-Politikerin.

Geändert wurde auch die Vorgehensweise der Untersuchungen. So soll die bisher übliche doppelte Untersuchung von Proben in zwei unterschiedlich akkreditierten Laboren künftig von einer Stelle durchgeführt werden. Da die Länder in der Regel nur über ein akkreditiertes Labor verfügen, habe dies in der Vergangenheit zu großen Schwierigkeiten beim Vollzug geführt, sagte die SPD-Politikerin.

Eine weitere Verbesserung bringe die Einführung einer Nulltoleranz für nicht-zugelassene Stoffe. Hier habe es bisher eine Regelungslücke gegeben. Laut Schulte müssen die Behörden künftig nicht nur Grenzwertüberschreitungen veröffentlichen, sondern auch dann, wenn bei den Lebens- oder Futtermittelkontrollen nicht-zugelassene oder verbotene Stoffe gefunden wurden. Zudem werden jetzt die Namen von Unternehmen veröffentlicht, die ein Bußgeld von 350 € bezahlen müssen.

Händler und Hersteller sind verunsichert

Verarbeiter von Agrarerzeugnissen fühlen sich mit diesen neuen Regeln zu schnell verunsichert. Sie müssten bei gesundheitlichen Gefahren die Verbraucher schnellstens informiert werden. Doch bei nicht sicherheitsrelevanten Mängeln sei der Abschluss des Gerichtsverfahrens abzuwarten, schon aufgrund der Unschuldsvermutung, kritisiert der Bundesverband der Lebensmittelwirtschaft (BLL). Agrarhändler und Mischfutterhersteller halten eine Namensnennung im Internet ab einem Bußgeld von 350 € für geschäftsschädigend. Der Imageschaden für das Unternehmen sei immens, sagte ein Agrarhändler.

Bereits die Gebührenverordnung für Futter- und Lebensmittelproben in Niedersachsen habe gezeigt, dass Krisenfälle im Agrarhandel weder aufgedeckt noch entstanden seien. Die Branche bietet der Politik einen fachlichen Austausch an. Ein Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag geht in diese Richtung: „Wir fordern Bund und Länder auf, einen einheitlichen Bußgeldkatalog zu schaffen, um rechtliche Mängel auszuschließen“, sagte Albert Stegemann, Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Agrar. Auch die Behörden stehen vor dem Problem, die Verhältnismäßigkeit einer Veröffentlichung von Bußgeldern und Verstößen des LFGB gerichtlich zu prüfen. „Was passiert, wenn sich die Vorwürfe nicht bestätigen?“, fragt ein Branchenvertreter. Bisher konnten die Proben von einem unabhängigen Labor erneut untersucht werden. Dies sei nun nicht mehr möglich.

Sechs Monate im Netz

Mit der Änderung des Lebens- und Futtermittelgesetzbuchs (LFGB) soll mehr Transparenz für Verbraucher geschaffen werden. Das Gericht hatte entschieden, dass die Veröffentlichung von Verstößen im Internet grundsätzlich verfassungskonform ist. Mit dem gleichen Urteil wurde aber ein Gesetz verlangt, dass die Veröffentlichung zeitlich begrenzt ist. Auf „sechs Monate am Pranger“ hat sich das Parlament nun verständigt.

e.) Erwerb von CO₂-Emissionen

- Berechnung?
- Kosten/Nutzen-Analyse
- Praktikabilität



4. EXKURS: Bio-Durum

Bio-Industrie sieht den LEH in der Pflicht

Gefahr von Preiskämpfen – Mittelständische Hersteller wollen Bio-Konsum in die Breite tragen – Erste vertikale Kooperationen im Fachhandel formieren sich

Frankfurt/Fulda. Die Top-Discounter ringen im Bio-Geschäft um die Führungsrolle. Lidl bekräftigt, der „nachhaltigste Discounter“ werden zu wollen. Bio-Marktführer Aldi hält dagegen und listet mit Schneekoppe nun auch Marken im Bio-Geschäft ein.

Im intensiven Wettstreit um höhere Bioqualitäten sieht die Industrie den LEH, allen voran die Discounter, jedoch in der Pflicht. „Discounter können für den Ausbau des Bio-Konsums durchaus eine Lokomotive sein, doch muss es auch in ihrem Interesse sein,

dass die Preisspirale nicht nach unten dreht“, machten Lieferanten der Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller e.V. (AöL) jetzt auf ihrer Tagung in Fulda klar. Bio solle für alle Seiten ertragreich sein.

„Der LEH hat die Margen an die Wand gefahren und müsste der Bio-Branche applaudieren, weil sie mit besseren Margen operiert“, heißt es in AöL-Kreisen. Die AöL, der mehr als 100 Bio-Markenhersteller mit einem Umsatz von rund 4 Mrd. Euro angehören, zeigt sich für die Belieferung kon-

ventioneller Kanäle mit Marke und Handelsmarke offener als andere Produzenten. Um Bio in die Breite zu tragen, kämen Hersteller nicht umhin, mit großen LEH-Playern zusammenzuarbeiten. Dies erfordere auch einen Bewusstseinswandel im LEH, sich für den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft einzusetzen.

Mit der Umsatzverlagerung in den LEH gerät der Fachhandel unter Zugzwang. Vor allem für Fachhändler, die sich als Marke aufstellen, sieht man in der Branche Chancen, sich zu behaupten.

So formieren sich erste vertikale Kooperationen, um Fachhändler zu unterstützen. Der Göttinger Großhändler Naturkost Elkershausen will mit Fachhändlern, Lieferanten und Konsumenten die regionale „Fair Bio Genossenschaft“ auflegen. Initiator Hermann Heldberg plant „Zuwendungen wie Pachtmodelle, Darlehen oder Beteiligungen, Beratung für Erzeuger und Fachhändler“, wie er im „Fair Bio“-Blog sagt. Ziel sei, „eine gesellschaftliche Gegenbewegung zum Big Business im Bio-segment zu initiieren“. acm/be/lz 19-19

ANZEIGE

Von hier. Von uns.

Spitzenmäßig.

Der auch.

Württembergischer
Weingärtnergenossenschaften
wein-heimat-württemberg.de

Fazit

- Neue Kriterien der Vermarktung kommen auf die Beteiligten zu.
- Die Wettbewerbsfähigkeit für deutschen Durum ist stark gefährdet.
- Neue Konzepte im Rahmen des Qualitätsmanagement sind gefordert.
- Dank den Beteiligten für die Mithilfe und Begleitung bei den diversen Durumprojekten

Auszug aus Leserbrief

„[...] Für die deutschen Landwirtschaft heißt das, dass wir zunehmend Marktanteile verlieren und mittelfristig zu Landschaftspflegern und Wolfshütern degenerieren. Die Produktion findet um uns herum ohne Einfluss auf Produktionsmethoden, Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit statt. [...]“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Wilhelm Fromme
Landhandel GmbH & Co.KG

Ringelheim · Lindenstraße 21 · 38259 Salzgitter
Tel. (05341) 8 67 28-0 · Fax (05341) 8 67 28-90
www.wilhelmfromme.de info@wilhelmfromme.de